

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 45.

Berlin, den 8. November 1908.

9. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Unsere Herbsttagitation. — Rundschau auf dem Wirtschaftsgebiete. — Dem Jahresbericht der Steinbruchsberufsgenossenschaft vom Jahre 1907. — Rundschau: Das Ergebnis der Konferenz über die Arbeiterversicherungsreform. Arbeiter als Schöffen und Geschworene. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Bauunternehmer, „Weisheit“. Was christliche Arbeiter alles erdulden müssen. Wer trägt die Schuld an den Umständen? Eine außerordentliche Generalversammlung. Im Endziel sind sie sich einig. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Verbandsnachrichten:** Braunschweig, Nürnberg, Deutchen, Celle, Mailing, Schneidemühl, Aachen, St. Johann, Saarbrücken. — **Volkswirtschaftliches und Soziales.** — **Soziale Wahlen.** — **Literarisches.** — **Von den Arbeitsstellen.** — **Streikabrechnungen.** — **Bekanntmachung des Zentralvorstandes.** — **Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.** — **Bekanntmachungen.** — **Sterbefaci.** — **Anzeigen.**

Unsere Herbsttagitation.

Erstmalig wurde vom Hauptvorstande eine sich über das ganze Reich erstreckende Herbsttagitation arrangiert, die vom 3.—18. Oktober dauerte. Neben der Hausagitation, waren in allen bedeutenden Orten Versammlungen vorgesehen, und fand ein gegenseitiger Austausch der Redner statt. Das Resultat der Hausagitation liegt noch nicht vor, wir können daher auch nicht beurteilen, ob es sich einer Besprechung wert zeigt. Nach einigen uns zugegangenen Mitteilungen will uns allerdings scheinen, als ob nicht überall mit der nötigen Umsicht und dem dazu gehörigen Eifer an die Durchführung herangetreten worden sei. Ist das auf Unkenntnis oder Ungeschicklichkeit in der Arrangierung, oder Laune und Gleichgültigkeit, oder auf den fehlenden guten Willen zurückzuführen? Das müssen wir untersuchen, im Interesse einer gleichen Aktion in kommender Zeit. Zugute zu halten ist, daß es das erste Mal war, aber gerade davon müssen wir lernen, und dann vorbeugen.

Mit dem Resultat der Versammlungen können wir, nach den uns vorliegenden Berichten, im allgemeinen zufrieden sein. Zeitweise sehr gut besuchte Versammlungen, gut und mittelmäßig, es fehlen auch nicht die schlechten. In Memel, Guttstadt, Allenstein, Weidenburg, Hohenhausen, Dirschau, Braunschweig, Hannover, Göttingen, Harkburg, Borchdorf, Bremen, Twistringen, Marsberg, Contwig, Saarbrücken, St. Ingbert, Alstingen, Etahl und Konstanz zum Beispiel waren sehr gut besuchte Versammlungen. Wo es fehlte, waren die Ursachen mancherlei. Vor allem die danielerliegende Konjunktur, die niederdrückend auf den gewerkschaftlichen Geist gewirkt hat. Deutlich ist wahrzunehmen, ob ein reger und tüchtiger Vorstand an der Spitze steht, wo persönliche Stänkerereien nach Interesse der Mitglieder in Anspruch nehmen, abends nach der Arbeit landwirtschaftliche Arbeiten zu verrichten sind usw. Vorgekommen ist es auch z. B. in Straßburg, daß Vorstände erklärten, sie ließen sich von „Berlin“ keine Versammlungen vorschreiben. Ueber allem steht die depressierende Wirkung der Arbeitslosigkeit. Auf diesen Umstand ist auch zu sehen, daß sich verhältnismäßig wenig Unorganisierte zum Besuche der Versammlungen bereithalten ließen.

Der Zweck der Versammlungen war weniger dazu gedacht, um neue Mitglieder zu gewinnen. Die Befestigung der alten Mitgliedschaften war das wichtigste, und dann die Vorbereitung auf kommende Zeiten, worauf wir in diesem Rahmen nicht eingehen wollen. Im Hinblick auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage wurde das Thema „Krisis, Arbeiterschaft und Gewerkschaften“ behandelt. Daß damit das Richtige getroffen war, zeigte die ungeteilte Aufmerksamkeit, mit der die Kollegen die Ausführungen der Referenten aufnahmen. Es ist von großer Wichtigkeit, die Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens kennen zu lernen. Mit dieser Erkenntnis hängt ihre Beurteilung zusammen, und davon hängt unser Tun und Lassen ab, wie wir uns am besten gegen die Wechselfälle des Wirtschaftsgebietes schützen können. Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit schlägt dem Arbeiterstande sehr tiefe Wunden. Mühsame Ersparnisse aus früheren Jahren werden jetzt aufgebraucht, manche verfallen in Schulden; Not und Entbehrung machen sich geltend. Woher nun der plötzliche Umschwung unseres Wirtschaftslebens? Was wird geredet, es ist schlecht, es ist nichts zu tun! Ja, warum das? Darauf wird am wenigsten Antwort gegeben, oder am seltensten danach gefragt. Manche nehmen es als etwas Unvermeidliches hin und meinen sogar, es mußte so kommen. Ach nein, es mußte nicht so kommen; menschliche Gewissenhaftigkeit trägt zum erheblichen Teil Schuld mit, sobald mehr Ordnung in unser Wirtschaftsleben. Sind auch dann noch stille Geschäftsgänge unvermeidlich, dann können sie wenigstens den heutigen Charakter von Wirtschaftskatastrophen vermeiden. Und dann sind Einrichtungen zu treffen, die die unschuldigen Opfer dieser Wirtschaftskrisen vor Schäden bewahren. Staatshilfe und Selbsthilfe müssen hier eingreifen. Gewissenhaftigkeit der staatlichen und kommunalen Organe ist notwendig, die Mitglieder selbst aber müssen hingewiesen wer-

den auf die Folgen, die eine Erlahmung in der gewerkschaftlichen Tätigkeit, der Selbsthilfe, nach sich zieht. Das sind Aufgaben der Organisation, die um so eher und besser der Verwirklichung entgegengebracht werden können, je größer ihre Macht und Geschlossenheit ist.

Wie wir bereits betonten, war die Aufnahme der vorher gekennzeichneten Gedankengänge eine gute. In die Diskussion wurde, soweit sie die theoretischen Fragen betraf, seitens der Mitglieder nicht übermäßig eingegriffen, dafür aber das Nächstliegende, die örtlichen Verhältnisse, in den Bereich der Betrachtung gezogen. Ueber einstimmend lauten die Berichte dahin, daß wir fast allorts einen Stamm tüchtiger und zuverlässiger Kollegen haben, die auf der Höhe der Zeit stehen. Freilich ist noch Schulung nötig, und lernen müssen wir ja noch alle, und das tagtäglich, wie es das Leben, das sich in steter Umbildung befindet, von uns erfordert. Die Mittel zur Erlangung dieser Kenntnisse aber müssen wir den Mitgliedern zugänglich machen, und zwar auf möglichst billige und bequeme Weise. Da wurde denn die Erfahrung gemacht, daß es mancherorts mit dem Broschürenvertrieb im Argen liegt. Hier muß nach dem Rechten gesehen werden.

Jedenfalls Unzufriedenheit mit dem im Laufe des Jahres getätigten Vertragsabschlusse ist nicht zutage getreten. Wohl aber wurde der Wunsch ausgesprochen, es möge bei einer Vertragserneuerung die Sache nicht dermaßen hingezogen werden, wie es diesmal geschehen. Klagen wurden geführt über Vertragsverletzungen seitens vieler Unternehmer und die vielen Maßregelungen. Letztere haben ihren Grund hauptsächlich in dem Verlangen auf Innehaltung der Verträge, Durchführung der Unfallversicherungsversicherungen, und wegen Zugehörigkeit zur Organisation. Das ist kein günstiges Zeugnis für die Vertragstreue vieler Arbeitgeber, wir nehmen aber an, daß der Arbeitgeberverband keineswegs damit einverstanden ist. Starke Klagen wurden auch über das rigorose Vorgehen mancher Poliere laut.

Ein erfreuliches Zeichen ist die Einmütigkeit, mit der allorts die Stärkung und Ausbreitung unseres Verbandes betont wurde. Der Wille zur Ausdehnung ist also in starkem Maße vorhanden, die augenblickliche Lage läßt ihn nur nicht zur Geltung kommen. Um so mehr gilt es, den Zeitpunkt des wirtschaftlichen Umschwunges ins Auge zu fassen, und alle Vorbereitungen bis dahin zu treffen, die uns den Erfolg sichern. Dem war die jetzige Aktion des Hauptvorstandes bereits gewidmet, mag nun jeder Kollege sein Teil dazu beitragen, daß die Absicht auch Wirklichkeit erlangt. Erst dann ist sie als vollständig gelungen zu bezeichnen. Vergessen wir nie, daß in der Einigkeit und Geschlossenheit, aber auch in einmütiger Entschlossenheit die Geheimnisse des Erfolges auch für die christlichen Arbeiter liegen.

Rundschau auf dem Wirtschaftsgebiete.

Politische Einwirkungen. — Äußere und innere Politik. Kapitalanlagen im September. — Vom Kohlenmarkt.

In jüngster Zeit sind dem ohnehin so tranken Wirtschaftsgebiete, für den allmählich wenigstens eine Periode der Erholung anzubrechen schien, mehrfach empfindliche Stöße beigebracht worden, die hinsichtlich seiner baldigen Kräftigung ganz ernsthafte Zweifel entstehen lassen. Und zwar trafen diesmal innere und äußere Politik zusammen in ihrem ruhestörenden Beginnen. Die Balkanwirren, über deren Wertung in bezug auf ihren Einfluß auf die Wirtschaftslage die Meinungen zunächst sehr auseinandergingen, ziehen immerhin die Aufmerksamkeit des Volkswirtschaftlers in starkem Maße auf sich. Allerdings mehr wegen ihrer indirekten, als direkten Folgen. Zwar werden ihnen auch direkte Folgen nicht abgesprochen werden können, wenn auch Deutschland nicht so unmittelbar beteiligt ist, wie andere Mächte. So wurde beispielsweise auf der letzten Hauptversammlung der Eisen-Industrie zu Mendon und Schwerte u. a. darauf hingewiesen, daß die Wirren auf das Geschäft recht ungünstig einwirken und namentlich zur Folge hätten, daß das Geschäft mit dem Ausland immer mehr zurückgehe. Und bekanntlich hat sich die deutsche Eisenindustrie in der Zwischenzeit hauptsächlich durch das Auslandsgeschäft über Wasser halten müssen. Inwiefern treten diese, direkten Einwirkungen der politischen Gestaltung in den Balkanländern gegenüber doch sehr in den Hintergrund. Bei dieser Erscheinung allgemeinen Charakters handelt es sich im letzten Grunde um die Frage, ob die Türken und die sonstigen Balkanländer sich zu einer freiwilligen Entwicklung durchringen und damit die Grundlage zu einem Aufschwung von Handel und Industrie schaffen werden. In der Türkei schienen durch die neuerlichen Verfassungsvorgänge die Wege dazu geebnet. Bulgarien hat sich nunmehr diesem Einfluß entzogen und sich an das neuerungsfreudige Ausland angelehnt. — An diesen Vorgängen kann die deutsche Volkswirtschaft nicht mit abgewandtem Auge vorübergehen. Bekanntlich ist, in einem gewissen Gegensatz zu dem gedeihlichen England, das ärmere Deutschland, wenn es seinen „Platz an der Sonne“ behaupten will, in der Hauptsache auf die Vergrößerung des Absatzgebietes seiner weiterverarbeitenden und Verfeinerungsindustrie angewiesen. Für Deutschland kommt bei der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht sowohl die Produktion, als vielmehr die Weiterverarbeitung in Betracht. Und je weiter die Grenze der Verwertung weiterverarbeiteter, verfeinerter Ware durch den Fort-

schritt der westlichen Kultur insbesondere nach Osten zu hinausgeschoben wird, um so größer wird auch die Entwicklungsmöglichkeit für die deutsche Industrie und Volkswirtschaft. Man braucht, um sich dies auszumalen, lediglich daran zu denken, welche Bedürfnisse durch die Kolonisierung von Ländern wie Rußland, der Türkei usw. ausgelöst werden; zumal zunächst in bezug auf landwirtschaftliche Maschinen, dann im weitesten Verlaufe durch Anlegung von Eisenbahnen, von elektrischen Anlagen zu allem möglichen Bedarf usw. Es sind das zumeist alles Arbeiten, bei denen die deutsche Konkurrenz wegen ihrer hervorragenden Leistungen in erster Linie Berücksichtigung zu finden hoffen darf. Deswegen ist es für die deutsche Volkswirtschaft durchaus nicht „wag gleichgültig, welche Entwicklung die Balkanwirren nehmen — und daraus erklärt es sich auch, daß sich die Ereignisse zeitweilig an den Börsen sehr empfindlich bemerkbar machten.

Aber auch die innere Politik spielte die letzte Zeit fühlbar auf dem Wirtschaftsgebiete hinüber. In Preußen zunächst durch die Ankündigung einer sogenannten Gesellschaftsteuer, durch die das Reineinkommen der Aktiengesellschaften, Gewerkschaften und Konsumvereine getroffen werden soll. Der Anschlag auf die Konsumvereine muß energig abgewehrt werden, was schon im Grunde genommen durch den Hinweis geschehen kann, daß die Konsumvereine Erwerbsgesellschaften im Sinne des Steuererlasses gar nicht sind. In der Tat handelt es sich bei den von den Konsumvereinen gezahlten Abgaben durchaus nicht etwa um einen gewerblichen Gewinn, sondern lediglich um eine Ersparrung des Familienvertrages. Der eigentliche Zweck der Konsumvereine, nämlich Arbeitskräfte und Handlungskosten zu gunsten der beteiligten Konsumententeile, die zumeist auf jeden einzelnen Pfennig zu sehen gezwungen sind, zu sparen, würde durch die Steuer zu einem großen Teile illusorisch gemacht werden. Die Einbeziehung der Konsumvereine in den Geltungsbereich der Steuer wäre offenbar eine Ungerechtfertigkeit. — Wie gesagt, die Ankündigung der „Gesellschaftsteuer“ machte sich in Preußen an den Börsen bemerkbar und sie wird auch in der Folge noch öfters dort aufstehen. Und im Reich ruhmort gegenwärtig noch die Entrüstung über die Steuer auf Gas und elektrischen Strom herum, von deren Projektilierung zunächst der „Vorwärts“ dank der Arbeitslosigkeit „eines günstigen Windes“ berichten konnte.

Es sei gleich hier, wo von Erwerbsgesellschaften die Rede war, einer Erscheinung gedacht, von der die „Frankfurter Ztg.“ gelegentlich ihrer allmonatlichen Uebersicht über die Neugründungen und Kapitalerhöhungen, für den Monat September berichten konnte. Für diesen Monat konnte nämlich festgestellt werden, daß zum ersten Male seit November 1907 die Summe der gewerblichen Neutverleihen (Geldanlagen zu Erwerbszwecken) größer war, als die Vergleichsummen des Vorjahres. Vor allem seien es die Kapitalanprüche der elektrotechnischen Industrie und der Erzeugnisse der Eisenindustrie gewesen, die im September die höhere Ziffer herbeigeführt hätten. Nun ist es klar, daß aus dem Ergebnis eines einzelnen Monats keine Schlüsse gezogen werden dürfen. Immerhin werden die auf diesem Gebiet zu verzeichnenden Ergebnisse vielfach bei der Beurteilung der Wirtschaftslage mit berücksichtigt. Und in diesem Sinne hätte man die Erscheinung im Sinne einer, wenn auch geringen Hoffnungsmöglichkeit deuten können — wenn eben nicht zuviel andere Momente vorhanden wären, die immer wieder mit erneuter Wucht zum Bewußtsein bringen, daß die Krise ihren Schreckenstag weitergeht.

Neuerdings laufen speziell vom Kohlenmarkt Nachrichten ein, die trübe Aussichten eröffnen. Schon verschiedentlich ist auf die Tatsache hingewiesen worden, daß beim Kohlenhandel der Absatz immer stärker hinter der Förderung zurückbleibt. Seit dem September des Jahres 1907 ist die Spannung so wesentlich geworden, daß die Förderung um mehr als eine Million Tonnen größer war, als der Gesamtabsatz; diese Mengen sind offenbar auf Lager genommen worden, was ja auch der Vorwand des Kohlenhändlers in der am 24. Oktober abgehaltenen Versammlung der Besenbesitzer einräumen mußte. Bis zum Februar des Jahres 1907 ging der Gesamtabsatz in einigen Monaten sogar noch über die Förderung hinaus, im September des Jahres 1907 überholte er sie um 53 932 T., im Dezember gar um 113 924 Tonnen und schließlich noch einmal im Februar dieses Jahres um 14 000 Tonnen. Seitdem bleibt der Absatz unausgefüllt hinter der Förderung zurück.

Die ungleichmäßige Entwicklung der Förderung und des Absatzes zeigt sich deutlich, wenn man die Menge der ersten acht Monate mit der vorjährigen vergleicht. Danach war die Förderung in den ersten acht Monaten um 3,06 Prozent höher, als in der entsprechenden Zeit des Jahres 1907; der Gesamtabsatz überstieg den vorjährigen in demselben Zeitraum nur um 0,84 Prozent. Ganz besonders stark blieb der Absatz im Monat Juli hinter der Förderung zurück: er bezifferte sich nur auf 7,05 Millionen Tonnen, während die Förderung 7,33 Millionen Tonnen betrug, also um genau 287 000 Tonnen größer war. Zur Juli ist die Förderung allerdings etwas beschleunigt worden, obgleich in der Marktfrage Grund dafür nicht vorhanden war. Von den Schlußzahlen wurden nämlich im Juli insgesamt um 1,24 Prozent mehr gefördert, als im Juli des Jahres 1907, während die Gesamtsumme um 2,21 Prozent hinter der vorjährigen zurückgeblieben war.

Die stärkste Steigerung der Förderung gegenüber der des Vorjahres brachte der Monat Januar, wo die Förderung um 6,51 Prozent größer war, als im Januar des Jahres 1907. Auch noch im Februar wurde die Förderung sehr ausgedehnt, nämlich um 5,58 Prozent. Im März war sie noch um 2,66 Prozent höher, als im März des Jahres 1907, obwohl der Absatz den vorjährigen nur um 0,71 Prozent überstieg.

Neuerdings geht nun die „Meinungs-Wirtschaftliche Zeitung“ auf die Sache ein und zwar läßt sie sich hinsichtlich der Weiterungen aus den beschriebenen Verhältnissen wie folgt vernehmen: „Es konnte nicht ausbleiben, daß durch die Stockung des Absatzes und durch die daraus sich ergebenden Konsequenzen für Lagerung und Aufbereitung nach und nach alle Kohlenorten in Mitleidenschaft gezogen wurden. Ergrübelt werden

den Beiden die Verhältnisse noch dadurch, daß nicht nur die Sübstrite ihre Bezüge einschränkt, daß die großen Schiffahrtsgesellschaften, wie Norddeutscher Lloyd und Hamburg-Amerika Linie aufbestellen, sondern daß auch die Versicherungen für den Eisenbahnbetrieb, der bislang noch immer flott abnahm, jetzt stark eingeschränkt werden müssen. Dadurch sind erhebliche Störungen im Absatz eingetreten, die zu Feterschichten Veranlassung geben. Allerdings gestatten auch die bedeutend gewordenen Lager nicht mehr, flott darauf los zu fördern, sondern zwingen zur Einschränkung der Förderung und im weiteren Verfolg zur Einlegung von Feterschichten. Die Verluste des Lagers großer Mengen machen sich nach drei Monaten geltend. Einmal belassen sie die Bechen mit großen Verlusten, sodann bedürfen sie den Markt für später und schließlich leidet das Produkt nicht unerheblich durch das Lager. Die Feterschicht dürfte also allmählich zum kleineren Uebel werden.

Das sind für den Winter ja außerordentlich trostlose Aussichten! Man denkt hierbei aber unwillkürlich daran, um wieviel anders es hätte kommen können, wenn das Kohlenprodukt rechtzeitig eine vernünftige Preispolitik in Anwendung gebracht, so den heimischen Markt in seiner schwieriger werdenden Lage gestützt und damit auch sich selbst vor einer derartigen Lagerüberfüllung hätte sichern können. Jetzt, wo es zu spät ist, hört man von einer beabsichtigten Preisermäßigung, die dabei noch der reine Lohn auf die Zeitforderung ist!

Dem Jahresbericht der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft vom Jahre 1907

entnehmen wir folgendes:

Versichert waren im Berichtsjahr 12 779 Betriebe gegen 12 745 im Vorjahre. Die Zahl der Vollarbeiter (300 Arbeitstage) ist um 4285 gestiegen und betrug 174 446. Die Zahl sämtlicher in den versicherten Betrieben beschäftigten Arbeiter beträgt 476 691, ist somit ebenfalls gestiegen und zwar um 16 762. Unfälle gelangten insgesamt 12 001 zur Anmeldung, hiervon waren 2677 entschuldigungslos. Letztere sind im Berichtsjahre im Vergleich zum Vorjahre um 128 gestiegen. Auf 1000 Vollarbeiter kommen 15,31 Unfälle (im Vorjahre 15). Die Unfallhäufigkeit hat demnach zugenommen. Die Zahl der tödlichen Unfälle zeigt eine geringe Abnahme und zwar von 269 im Jahre 1906 auf 255 im Jahre 1907. Die meisten Unfälle, nämlich 497, sind durch Zusammenbruch, Einsturz von Stein- und Erdmassen, Herabfallen von einzelnen Steinen und Umfallen von Gegenständen verursacht worden. Auf den Gebrauch von Handwerkszeug und Geräten entfallen 399 Unfälle gegen 382 im Vorjahr. Durch Fall von Leitern, Treppen, aus Leitern, Sturz in den Bruch usw. ereigneten sich 308 Unfälle gegen 297 im Jahre 1906. Alle weiteren Unfälle entstanden beim Auf- und Abfahren, beim Eisenbahnbetrieb, an Rollwagen, bei Fuhrwerk, Maschinen usw. Die Zahl der Unfälle bei der Schichtarbeit ist sehr bedeutend gestiegen und zwar von 76 auf 105. Es hat nach dem bereits angeführten in dem Zeitraum von 1892 bis 1906 die Zahl der versicherten Personen um 73,78 Prozent, die Zahl der Vollarbeiter um 47,61 Prozent, die Zahl der erstmalig entschuldigenden Unfälle dagegen um 119,74 Prozent zugenommen. In dem Bericht ist über die Ursachen der tödlichen Unfälle der folgende folgende angeführt: „Dahin gehört in erster Linie die fortwährende Intensivierung der Arbeitstätigkeit, die namentlich in der Afford-

arbeit ihren Ausdruck findet. Das Bestreben, einen höheren Affordlohn zu erzielen, veranlaßt den Arbeiter vielfach, in vorchriftswidriger Weise zu arbeiten, wodurch die Unfallgefahr für ihn selbst, wie auch für die Mitarbeiter, vergrößert wird.

Die Intensivierung der Arbeitstätigkeit führt weiter zu Ueberstunden, in denen die Arbeiter infolge Abspannung den Betriebsgefahren um so leichter zum Opfer fallen, ferner zur Einstellung ungelerner und ungelübter Arbeiter, die mit den Betriebsgefahren nicht vertraut sind, und die damit in neue ungewohnte Verhältnisse kommen, in denen sie vor Unfällen nicht so sicher sind, wie in den früheren allgewohnten. Besonders gilt das auch für den Steinbruchbetrieb, bei dem es oft wesentlich auf die genauere Kenntnis der Gesteinsverhältnisse ankommt.

Daß ferner Nichtbeachtung bestehender Verbote, Unvorsichtigkeit und Unterlassung der Betriebsgefahren auf die Zunahme der Unfälle von Einfluß sind, unterliegt keinem Zweifel. Namentlich bei fremdsprachigen Arbeitern treten diese Momente in Erscheinung, wie überhaupt die steigende Verwendung ausländischer Arbeiter für die Zunahme der Unfälle bei der Steinbruchsberufsgenossenschaft sehr ins Gewicht fällt. Wegen der Schwierigkeit der Verständigung mit den ausländischen Mitarbeitern und Aufsichtspersonen sind die ausländischen Arbeiter ohne Frage Unfällen in höherem Maße ausgesetzt als die inländischen Arbeiter. Achtungs- und Warnungsrufe werden von ihnen nicht beachtet, und infolge der schwereren Verständigung mit ihnen macht sich in der ersten Zeit auch eine große Unbeholfenheit in der Vertretung der ihnen zugewiesenen Arbeit bemerkbar. Hierzu kommt noch, daß die ausländischen Arbeiter vielfach Saisonarbeiter sind, die darnach streben, während der Arbeitstapagne einen möglichst hohen Verdienst zu erwerben, von dem sie dann in arbeitslosen Zeit in der Heimat zehren. Da diese Leute meist im Afford arbeiten, ist die Folge, daß Unfallverhütungsvorschriften und Schutzvorrichtungen nicht beachtet werden.“

An Entschädigung wurden insgesamt 3 690 593,39 M gezahlt, 276 139,69 M mehr als im Jahre 1906. Insgesamt waren 2215 Sachen an den Schiedsgerichten anhängig gemacht worden, von denen 1367 Fälle zugunsten der Berufsgenossenschaft entschieden wurden, und nur 848 zugunsten der Unfallverletzten. Die Zahl der anhängigen Reklame ist wie im Vorjahre, so auch im Berichtsjahre erheblich gestiegen. Es waren 647 gegen 577 im Vorjahr. Zugunsten der Genossenschaft wurden 303 Fälle entschieden und nur 82 zugunsten der Unfallverletzten. 17 Fälle wurden außergerichtlich erledigt, während 245 noch schweben.

Löhne. Die Lohnsumme für die ganze Genossenschaft ist wieder erheblich gestiegen. Es sind im Jahre 1907 15 733 688 M Löhne mehr ausgezahlt worden als im Jahre 1906. Die Erhöhung der Lohnsummen ist in der gegen das Vorjahr größeren Anzahl der beschäftigten versicherungspflichtigen Personen zum Teil begründet. Zum anderen Teil haben sie ihre Ursachen in der Steigerung der für den einzelnen Arbeiter gemachten Lohnaufwendungen. Der Durchschnittslohn für einen Vollarbeiter betrug im Jahre 1906 987 M und hatte damit den Durchschnittsverdienst von 1905 um 49 M überschritten. Das Jahr 1907 hat aber eine noch weit erheblichere Steigerung des von einem Vollarbeiter verdienten Durchschnittslohnes gebracht. Im Jahre 1907 erzielte ein Vollarbeiter einen durchschnittlichen Verdienst von 1053 M, das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 66 M. Nachfolgende Tabelle zeigt die Lohnsteigerung von 1886 bis 1907.

Jahr	1886	1887	1888	1889	1890	1891	1892	1893	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907
Auf den Vollarbeiter zu 300 Arbeitstagen entfielen	646	665	674	699	721	729	721	726	728	736	755	774	813	844	865	873	864	882	906	938	987	1053
Der Durchschnittslohnes- arbeitsverdienst betrug	2,12	2,22	2,26	2,33	2,40	2,43	2,40	2,42	2,43	2,45	2,52	2,58	2,71	2,81	2,88	2,91	2,89	2,94	3,02	3,13	3,29	3,54

Der Berichtsjahr macht hierzu folgende Bemerkung: Die nähere Betrachtung vorstehender Zahlenreihen lehrt, daß seit dem Jahre 1886 die Löhne in der Steinbruchsberufsgenossenschaft stetig und ununterbrochen gestiegen sind. Seit Bestehen der Genossenschaft hat sich das Durchschnittseinkommen des Vollarbeiters um 63 % erhöht. Den Arbeitgebern wird der gute Rat erteilt, auch in Zukunft mit einer Zunahme der Arbeitslöhne zu rechnen, da die Bestrebungen der Arbeiter auf Erhöhung des Einkommens auch jetzt noch bestehen werden. Den Arbeitern gibt man den guten Rat, bei weiteren Forderungen auf Lohnnachbesserungen den Bogen nicht zu überspannen, da ein gleich starkes Wachstum auf die Dauer unmöglich ist; es müßte nach den Zeiten der schnellen Entlohnung auch wieder eine Periode des ruhigen Fortschritts in gleichmäßigen Bahnen folgen. Dem brauchen wir nichts hinzuzufügen, jedoch möchten wir hervorheben, daß hier wenigstens indirekt den Gewerkschaften die Schuld an dieser Lohnsteigerung beigemessen wird und das freut uns.

Sehr eigenartig muß es einem erscheinen, daß die Schuld an der häufigen Verletzung der Unfälle nur den Arbeitern zugeschoben wird. Müßten die Urteile über die Affordarbeit, des Ueberstundenwesens und die Ausländer ungerichtet als zurechenbar anerkannt werden, so müßten wir leider feststellen, daß gerade die Unternehmer mit aller Fähigkeit an diesem Affordsystem festhalten, und daß heute noch in den Steinbruchsberufsgenossenschaften auf Ueberstunden gemacht werden, trotzdem die Bundesratsverordnung nur in ganz seltenen Fällen solche zuläßt. Auch ist es schon des öfteren vorgekommen, daß Unternehmer einzelne einzelne Arbeiter rauffassen und Ausländer eingestellt haben. Gerade die Ausländer der Seife, des Parfümeriegeschäfts ohne Rücksicht auf das eigene Leben und des Leben der Familienmitglieder räumen viele Unternehmer als Vorzüge der Ausländer und beschäftigten sie gerade deshalb mit Vorliebe. Unserer Ansicht nach können nur exemplarische Bestrafungen der Unternehmer die Heiligkeit der Bundesratsverordnung herabmindern.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die bayerische Regierung hat angesichts der betrübenden Lage des Arbeitsmarktes durch die Staatsbahnen- u. Postverwaltung Maßnahmen zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit während des kommenden Winters getroffen. Zu mehr als hundert bayerischen Orten werden größere Bau- und Neubauten während der Wintermonate durchgeführt werden, um einer größeren Anzahl von Arbeitslosen längere Beschäftigung verschaffen zu können. — Die Zentrumspartei brachte im preussischen Landtag folgende Interpellation ein: „Durch welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken, welche in einzelnen Orten der Monarchie auf gewerblichem Gebiete in erheblichem Maße in die Erscheinung tritt und sich weiter auszudehnen droht?“ — In Köln sind in der Stadtverordneten-Versammlung vom 15. Oktober aus Anlaß einer Anfrage über Notstandsarbeiten im kommenden Winter von der städtischen Verwaltung Maßnahmen angekündigt worden. Sie bestehen zunächst in der Bereitstellung von städtischen Arbeitern im Tief- und Hochbau. In bezug auf Vergebung sogenannter Notstandsarbeiten will die Verwaltung auf Grund ihrer Erfahrung im vergangenen Jahre noch weitere Erwägungen anstellen. In erster Linie sollte mit anderen Städten, die die gleichen Arbeits- und Temperatur-Verhältnisse haben, Fühlung genommen werden, da man glaubt, daß gemeinschaftliche Interessen vorliegen und ein Gedankenanschluß neue Gesichtspunkte ergeben werde. Diese Befragung hat nun hier stattgefunden. Es hatten sich die Vertreter, und zwar die Delegierten für die sozialpolitischen Angelegenheiten, aller eingeladenen Städte eingefunden. Es waren vor allem die rheinischen Städte, und zwar außer Köln Wülheim, Kall, Bonn, Aachen, Effen, Elberfeld, Wannen, Krefeld, Solingen usw., ferner Mainz, Frankfurt und Straßburg vertreten. In Beschluß ist es nicht gekommen, da die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Städte zu verschieden sind, um eine einheitliche Behandlung der Frage zu ermöglichen. Immerhin ist der Gedankenanschluß von Vorteil für die einzelnen Teilnehmer gewesen und hat die Auffassung einiger Grundzüge in der Behandlung der Arbeitslosenangelegenheit zur Folge gehabt. Dem Winter über sollen nach dieser Richtung hin genaue Beobachtungen angestellt werden, auf Grund deren dann im Frühjahr in einer nochmaligen Zusammenkunft bestimmte Zeitpunkte zur Annahme gelangen dürften.

„Gewerkschaften, Weisheit“. Die man uns aus Wilhelm (Nahr) ruffelt, redet in der letzten Stadtverordnetenversammlung gelegentlich einer Arbeitslosenrede auch der Bauunternehmer Hoffmann aus Eyrum, wobei er sich wie folgt vernehmen ließ: „Man hat bei den Arbeitslosen zu unterscheiden, ob es arbeitswillige Arbeitslose oder arbeitsfähige Arbeitslose sind. In uns Unternehmern kommen jeden Sonntag, auch Dienstags und Mittwochs noch, Massen von Arbeitern und fragen um Arbeit an. Wenn man sie nicht annimmt, bitten sie um ein Krügelchen, und wenn man sie annimmt, dann kommen sie nicht. Und als es heute geworden hat, ist bei uns auf der Baustelle noch Arbeit worden. Da wollen wir sicher ein Krügelchen trinken, das ist besser als arbeiten.“ Das sind die Arbeitslosen. Die arbeitswilligen Arbeitslosen, für die

ich gern eintrete, sind heute nicht sehr zahlreich; sie werden überall gesucht, und ich möchte auch gern noch welche haben. Für das Wissen des Herrn Hoffmann sind diese Aussagen gerade kein glänzendes Zeugnis. Wer sich nur ein klein wenig umsieht, wird zugeben müssen, daß die Arbeitslosigkeit gegenwärtig erschreckende Formen annimmt. Mehr als dieser Tage erst die Zeitungen aus Oberhausen, daß Bechen „Concordia“ und „Gute Hoffnungshütte“ mit je 2 und 4000 Mann Belegschaft wegen Mangel an Absatz feilschten. Nach den Berichten der Arbeitsnachweise für den Monat September standen 220 000 männlichen Arbeitsuchenden 131 000 offene Stellen gegenüber. Dabei darf nicht vergehen, daß der Monat September immer noch ein günstiger Monat ist, in dem die Bauaktivität noch ungehindert vor sich geht. Für den Monat Oktober wird das Bild noch viel trüber aussehen. Die Ausführungen des Herrn Hoffmann sind für uns gedanklich Schwäheren. So vollzieht sich das Arbeitsangebot denn nicht, wie es hier dargestellt wird, von den Massen, die nur anbieten, um ein „Krügelchen“ zu erhalten. Das ist geradezu eine Verleumdung der Arbeiterschaft, die wahrlich nicht aus Plätschen von Eyrum zu Eyrum Arbeit beisteht, wozu die Not treibt. Und wenn Herr Hoffmann praktisch am Bau gearbeitet hätte, dann müßte er auch wissen, wie Ausdrück mit dem „Schindapschen trinken“ aus Maurermunde zu beweisen sind. In Fachkreisen lacht man damit keinen Hund hinter dem Ofen hervor, und lacht man nur über die Einfaltigkeit dieses „Weisen“ von Bauunternehmer, der beartig abgedrehten Argumentationen noch nachhängt. „Wer arbeiten will, immer Arbeit“, und das will die Rede des Herrn Hoffmann belegen, ist heute abgetan, das sind Schlagereiner frühere Zeit, die anscheinend auch in Bauunternehmerkreisen noch überwunden sind. Wer nur ein klein wenig sehen will, kann sich vom Gegenteil überzeugen. Wenn Herr Hoffmann selbst aber Mangel an Arbeitern gehabt hat, wie noch heute, dann soll er einmal eine Gewissensforschung darüber stellen, inwiefern er den tariflichen Bestimmungen gerecht worden ist, oder sollen wir etwas deutlicher werden? Da liegt der Hase im Pfeffer.

Was christliche Arbeiter alles erdulden müssen. Niemand vor den fortwährenden Belastungen eines „freien“ Gewerkschafters in Eßlingen zu bekommen, verließ der 59 jährige christliche Metallarbeiter Sch. seine Arbeitsstelle und ging der Firma D. an. Über auch hier hatte Sch. als einziger christlich organisierter Arbeiter fortgesetzt die wildesten frechen Redensarten der mit ihm arbeitenden sozialistisch organisierten Gewerkschaftler zu tragen. Beteiligt waren dabei „Genossen“ Wüst und Frech. Die beiden Namen scheinen einflussend auf den Charakter der sozialistischen „Großen“ eingewirkt zu haben. Bei der Arbeit am Feuer ging dem Sch. eines Tages durch das Verschulden des Lehrlings ein Meißel entzweit. „Genosse“ Wüst forderte von Sch. die sofortige Reparatur des Meißels, weil er ihn brauche. Diese Forderung wiederholte sich dreimal. Beim dritten Male warf der „Genosse“ den Meißel dem Sch. vor die Füße. Der letzte den Meißel an seinem Ort mit dem Bemerkten, Wüst habe nichts zu befehlen solle nicht glauben, Sch. werde sich von ihm als Schultzen behandeln lassen. Daraufhin packte der „Genosse“ Wüst Sch. an der Brust, ihm mit rohen Worten ins Gesicht. Sch. beschwerte sich darüber bei der Firma Herr D. stellte den „Genossen“ Wüst zur Rede. Der versuchte die ganze Sache abzuleugnen. Sch. erklärte aber auf das Bestimmteste, daß seine Angaben der Wahrheit entsprechen. Herr D. diffidierte dem rausstuligen „Genossen“ deshalb eine Strafe von einem Tagelohnsabzug, passe das dem Wüst nicht so über die sofort die Arbeit niederlegen. Die gleiche Strafe sollte dem „Genossen“ Frech treffen, weil er den alten Mann auch andauernd belästigt hatte. Nachdem Herr D. den Arbeitsaal verlassen hatte, überfiel der „Genosse“ Wüst in Gegenwart des Bauarbeiters Weibrecht den Sch. von hinten und schlug ihn rohheit und gemeiner Weise mit der Faust auf den Kopf und ins Gesicht. Das wiederholte sich etwas später noch einmal, weshalb Sch. den Vorkarbeiter Weibrecht aufforderte, Herr D. zu holen, er sehe sich schutzlos. Kaum war Weibrecht aus dem Saal hinaus, als der „Genosse“ Wüst wieder den alten Mann packte und auf ihn einschlug. Sch. wolle jetzt die ungasliche Arbeitsstätte, wo er ja seines Lebens nicht mehr war, verlassen. Wüst vertat ihm aber den Weg in der Dichtung: „Wenn du das Maul nicht hältst, dann schla dich unter die Werkbank hin.“ Herr D., welcher in der Arbeitsaal kam, schaffte durch die sofortige Entlassung der Wüst ein Gejellen Abnung. Wenige Tage später stellte der „Genosse“ Wüst in der Wohnung des christlich organisierten Sch. ein und wollte mit einem Behnmarktliche seine begangenen Reueiten aus der Welt schaffen. Sch. ging darauf nicht ein, die Angelegenheit wurde einem Rechtsanwalt zur Verfolgung übergeben. Auf dessen Aufforderung an Wüst, sich mit Sch. zu einigen, erhielt letzterer von sozialistischen Arbeitersekretär Stuber-Eßlingen eine „Vorladung“ vor das sozialistische Arbeitersekretariat. Sch. ging auch hin. Dort machten die „Genossen“ ihm den Vorschlag, sie wollten ihm den Lohnausfall für die mit dem Vorfalle verbundenen sechs arbeitslosen Tage, die Kosten des Arztes und des Rechtsanwalts vergüten. Schmerzensgeld zu zahlen, lehnten sie ab. Darauf ging Sch. nicht ein. Die Sache nimmt ihren weiteren Lauf.

Wer trägt die Schuld an den Unfällen? Daß die Bauunternehmer bemüht sind, bei Unfällen die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen, ist eine allbekannte Tatsache. Das geht auch wieder aus der Nr. 17 des Organes der Rheinisch-westfälischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, „Das Baugewerk“, hervor, die über den diesjährigen Herbstabend der deutsch Baugewerks-Berufsgenossenschaft berichtet: „Aber die Ergebnisse der in der Zeit vom 15. bis 20. Juni 1908 durch technische Aufsichtsbeamten der Baugewerks-Berufsgenossenschaft vorgenommenen Vorkontrollen der richtete Architekt und Maurermeister Albrecht Müller (Ettling) Es hat sich bei der diesjährigen Revision ergeben, daß 60 % der festgestellten Verstöße den Arbeitern zur Last zu legen waren. Es wurde beschloffen: „Für Zurechnung der Arbeit und des Arbeiterschutzes bitte ich Sie, heute den Vorfalle einer Resolution zu erneuern, alle festgestellten Verstöße der Arbeiter gegen die Unfallverhütungsvorschriften den zuständigen Behörden zwecks Bestrafung der Schuldigen zu unterbreiten, um die Versicherten wirksam anzuhalten, sich selbst und ihre Mitarbeiter vor Tod und Gefahr zu schützen.“ Ohne bestreiten zu wollen, daß durch die Schuld der Arbeiter ein Teil der Unfälle entsteht, legen wir aber in der 60 % den größten Zweifel. Diese einseitige Feststellung der Unternehmer verdient keine Glaubwürdigkeit. Wir haben daher Veranlassung, nach der hier beschlossenen Resolution diese Vorgänge genau zu beobachten und nötigenfalls ihnen entgegenzutreten. Sorgfältig aber auch alle jene Fälle zu registrieren, in denen Kollegen, die auf der Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften bestanden, der Maßregelung verfielen. Und deren ist gerade jetzt nicht wenige.

Eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen sieht sich der sozialdemokratische Stützpunktverband genötigt. Der Grund dazu liegt in der auf der im Frühjahr in Würzburg stattgefundenen Generalversammlung beschlossenen Arbeitslosenunterstützung. Eine große Anzahl von Mitgliedern ist gegen

Rundschau.

Das Ergebnis der Konferenz über die Arbeiterberufsgenossenschaft am 27. Oktober ist, wie die Tageszeitungen berichten, im allgemeinen durchaus zufriedenstellend. Längere Redebeiträge hielten sich an die von der Berufsberufsgenossenschaft beschlossene Beschränkung ihres Redes zur ersten Sitzung der Bechen. Im Laufe der Diskussion entstand die Meinung, daß es sich um die Ueberzeugung, daß auch auf Grundlage der regierungsfreigehaltenen einheitlichen Organisation des „Unterbaues“ der Angelegenheiten der Versicherungsfragen weit entgegenkommen werden müsse. Der von den Landesberufsgenossenschaften und Berufsberufsgenossenschaften ausgesprochenen Wunsch, das Bestehen der Bechen so zu gestalten, daß es den Berufsberufsgenossenschaften möglich sei, sich in einem Antragsverfahren, begünstigt bei den Bechen der Arbeiterberufsgenossenschaft, zu beteiligen, und so, wie der Vorsitzende Staatsminister v. Bismarck-Gölling in einem Schlußwort besonders hervorhob, für die Befähigung des Entwurfs in erster Linie maßgebend.

Arbeiter als Schlichter und Geschworene. In Ansehung dieser in diesem Frühjahr des christlich Gewerkschaftsvereins in Eßlingen an die Bechen, sowie die Ueberzeugung, daß Arbeiter als Schlichter und Geschworene vortragt wurde. Bei

der am 28. Oktober stattgefundenen Auswahl wurden zum ersten Male sämtliche sechs Arbeiter aus der eingereichten Vorschlagsliste als Schlichter und Geschworene gewählt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Die bayerische Regierung hat angesichts der betrübenden Lage des Arbeitsmarktes durch die Staatsbahnen- u. Postverwaltung Maßnahmen zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit während des kommenden Winters getroffen. Zu mehr als hundert bayerischen Orten werden größere Bau- und Neubauten während der Wintermonate durchgeführt werden, um einer größeren Anzahl von Arbeitslosen längere Beschäftigung verschaffen zu können. — Die Zentrumspartei brachte im preussischen Landtag folgende Interpellation ein: „Durch welche Maßnahmen gedenkt die königliche Staatsregierung zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken, welche in einzelnen Orten der Monarchie auf gewerblichem Gebiete in erheblichem Maße in die Erscheinung tritt und sich weiter auszudehnen droht?“ — In Köln sind in der Stadtverordneten-Versammlung vom 15. Oktober aus Anlaß einer Anfrage über Notstandsarbeiten im kommenden Winter von der städtischen Verwaltung Maßnahmen angekündigt worden. Sie bestehen zunächst in der Bereitstellung von städtischen Arbeitern im Tief- und Hochbau. In bezug auf Vergebung sogenannter Notstandsarbeiten will die Verwaltung auf Grund ihrer Erfahrung im vergangenen Jahre noch weitere Erwägungen anstellen. In erster Linie sollte mit anderen Städten, die die gleichen Arbeits- und Temperatur-Verhältnisse haben, Fühlung genommen werden, da man glaubt, daß gemeinschaftliche Interessen vorliegen und ein Gedankenanschluß neue Gesichtspunkte ergeben werde. Diese Befragung hat nun hier stattgefunden. Es hatten sich die Vertreter, und zwar die Delegierten für die sozialpolitischen Angelegenheiten, aller eingeladenen Städte eingefunden. Es waren vor allem die rheinischen Städte, und zwar außer Köln Wülheim, Kall, Bonn, Aachen, Effen, Elberfeld, Wannen, Krefeld, Solingen usw., ferner Mainz, Frankfurt und Straßburg vertreten. In Beschluß ist es nicht gekommen, da die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Städte zu verschieden sind, um eine einheitliche Behandlung der Frage zu ermöglichen. Immerhin ist der Gedankenanschluß von Vorteil für die einzelnen Teilnehmer gewesen und hat die Auffassung einiger Grundzüge in der Behandlung der Arbeitslosenangelegenheit zur Folge gehabt. Dem Winter über sollen nach dieser Richtung hin genaue Beobachtungen angestellt werden, auf Grund deren dann im Frühjahr in einer nochmaligen Zusammenkunft bestimmte Zeitpunkte zur Annahme gelangen dürften.

„Gewerkschaften, Weisheit“. Die man uns aus Wilhelm (Nahr) ruffelt, redet in der letzten Stadtverordnetenversammlung gelegentlich einer Arbeitslosenrede auch der Bauunternehmer Hoffmann aus Eyrum, wobei er sich wie folgt vernehmen ließ: „Man hat bei den Arbeitslosen zu unterscheiden, ob es arbeitswillige Arbeitslose oder arbeitsfähige Arbeitslose sind. In uns Unternehmern kommen jeden Sonntag, auch Dienstags und Mittwochs noch, Massen von Arbeitern und fragen um Arbeit an. Wenn man sie nicht annimmt, bitten sie um ein Krügelchen, und wenn man sie annimmt, dann kommen sie nicht. Und als es heute geworden hat, ist bei uns auf der Baustelle noch Arbeit worden. Da wollen wir sicher ein Krügelchen trinken, das ist besser als arbeiten.“ Das sind die Arbeitslosen. Die arbeitswilligen Arbeitslosen, für die

der Unterstützung, was in einer wahren Flut von Zuschriften an das Verbandsorgan „Der Stukkateur“ Ausdruck fand. Die Gründe der Gegnerschaft der Arbeitslosenunterstützung sind verschieden, vor allem aber steht die notwendig werdende Beitragserhöhung im Vordergrund. Diese würde viele Mitglieder zum Austritt bewegen, auch würde die Aktionsfähigkeit des Verbandes gehemmt, namentlich sein Einfluß auf die Interessenvertretung der Mitglieder geschwächt. So hat der Zentralvorstand genannten Verbandes dem Drucke weichen müssen und muß die Angelegenheit einer nochmaligen Beschlussfassung unterstellen. Es scheint uns, als seien hier die Mitglieder gescheiter wie der Vorstand.

Im Endziel sind sie sich einig, d. h. die sozialdemokratischen Revisionisten und die Radikalen, das dokumentiert neuerdings der Revisorist Maurenbecher in einem offenen Brief an den Theoretiker der sozialdemokratischen Partei, Kautsky. Er stellt das Endziel so dar:

„Wir (die Sozialdemokraten, D. B.) sind alle grundsätzliche Gegner der heutigen Reichs- und Staatsverfassungen; und unser Ziel ist, so viel politische Macht zu gewinnen, daß wir die Verfassung auf demokratischer Grundlage neu schaffen können. Aber wir wissen, daß wir heute und noch auf längere Zeit hinaus nicht so weit sind, daß wir diese Aenderung aus eigener Kraft durchsetzen können. Darum stellen wir uns kurzzeitig auf den Boden der heutigen Staatsordnung; unsere Vertreter leisten sogar, wo es gefordert wird, den Eid auf die Verfassung. Niemand in der ganzen Partei nimmt daran Anstoß. Und wir wollen alle, daß unsere Vertreter auf dem Boden mitarbeiten, soweit sie nur können. Mit anderen Worten: wir erkennen auch die verfassungsmäßig bestehende Macht der Regierung tatsächlich an — nicht als grundsätzlich mit unseren Wünschen übereinstimmend, wohl aber als tatsächlich bestehend und als so lange bestehen bleibend, bis wir die Macht haben, sie zu ändern.“

Das ist klar gesprochen. Im Endziel einig, nur über die Mittel zu seiner Erreichung ist die Ansicht verschieden. Und es wird ruhig auf die Verfassung geschworen, der man, sobald die Macht dazu vorhanden ist, das Genick brechen will. Das ist sozialdemokratische Auffassung über den Eid. Revisionismus und Radikalismus, dazwischen ist kein Unterschied, wie nur einig Grad Charakterlosigkeit.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperret sind: die Firma Jansen in Venrath b. Düsseldorf, der Bau der Diakonissenanstalt in Hilben, Firma Hellman, die Firmen Belleuer in Castrop, die Firma Evers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages. In Mülhausen i. Gf. streiken die Erd- und Grundarbeiter, in Danzig die Dachbeder, Seigoland, Sperre über die Firma Düren aus Godesberg a. Rh., Landesbahn, Sperre über die Firma Weiner, Neustadt (Westpr.), Sperre über die Firma Geiger. Zugang ist fernzuhalten.

Bericht Köln.

Köln. (Stukkateure.) Endlich! — so kann man auch hier sagen, ist es zum Tarifabschluß im Stukkateurgewerbe gekommen. Ein ganzes Jahr haben die Verhandlungen in Anspruch genommen. Immer traten neue Schwierigkeiten hinzu, so daß der Abschluß des Tarifes immer wieder hinausgerückt wurde. Nachdem im Juni der Verbandstag der Unternehmer im Stadt- und Gipsergewerbe in Kassel getagt hatte, schien die ganze Bewegung eingeschlafen zu sein. Es bedurfte damals vieler Arbeit der Lohnkommissionsmitglieder, die Prinzipale dahin zu bewegen, daß erneute Verhandlungen stattfänden. Am 13. Oktober fand die letzte Verhandlungssitzung im Beisein von Kollegen Häuschen und Obenthal statt. In einer am selben Abend im Volkshaus stattgefundenen Versammlung wurde der vereinbarte Tarif mit allen gegen drei Stimmen angenommen. (Der neue Tarif trat am 15. Oktober in Kraft.) In dieser Versammlung zeigte sich so recht, daß vieles krank im „freien“ Stukkateurverbande. Der Vorsitzende der Versammlung vermochte kaum den Zentralvorstehenden Obenthal vor persönlichen Angriffen einzelner zu schützen. Was den Tarif selbst anbelangt, so ist er abgesehen von einigen kleinen Punkten im wesentlichen derselbe geblieben, wie er bisher bestanden. Für auswärtige Arbeiten sollen nach dem neuen Tarif nur mehr 1,75 M. an Zuschlag gezahlt werden. Früher betrug die Vergütung 2,50 M. Dieses motivierten die Prinzipale damit, daß sie dann in der Lage seien, mehr auswärtige Arbeiten auszuführen, so daß die Geheizen dadurch nicht soviel arbeitslos würden. Sollte jedoch diese Voraussetzung sich als nicht richtig erweisen, daß durch diesen niedrigen Zuschlag mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, soll der alte Zuschlag beibehalten werden. Die Schlichtungskommission setzt sich aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern zusammen, und zwar so, daß jede Gewerkschaftsrichtung, die unsere, freie und Gips-Dundersche, ein Mitglied zu dieser Kommission stellt.

Infolge der geringen Bauaktivität konnte eine Anzahl unserer Kollegen in diesem Jahre hier keine Beschäftigung finden. Nichtsdestoweniger wollen wir auch während der Krise stets an dem weiteren Ausbau unserer Organisation rastlos arbeiten, damit, wenn der Tarif 1910 wiederum erneuert werden muß, weitere Erfolge erlangen werden können. Ein jeder Kollege an seinem Platze muß da mitwirken und nicht nur die Arbeit einzelnen überlassen.

Auf eines möchten wir zum Schluß noch hinweisen. Nämlich, daß in Zukunft die Lohnkommissionsmitglieder bei den Prinzipalen darauf bringen, daß zu den Tarifverhandlungen gleich die Beamten der in Betracht kommenden Organisationen hinzugezogen werden, dann dürfte es unseres Erachtens ausgeschlossen sein, daß die Verhandlungen, so wie jetzt geschehen, sich endlos hinziehen. Wenn bei allen übrigen Berufen die Beamten der Organisationen gleich an den Verhandlungen teilnehmen dürfen, dann muß es auch möglich sein, die Prinzipale im Kölner Stuckgewerbe von dieser Notwendigkeit zu überzeugen.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse findet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Dachbeder.

Braunschweig. Am Freitag, den 16. Oktober, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Abrechnung vom 3. Quartal, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Verschiedenes. Die Versammlung wurde von Kollegen Weirich eröffnet. Selbiger begrüßte zunächst die anwesenden Kollegen, brüdete aber auch sein Bedauern aus, daß einige Kollegen es nicht für nötig halten, auch nur die Generalversammlung zu besuchen. In seinem nächsten Bericht über den Verlauf der Versammlung, die sich am 15. Oktober im besten Besuche abspielte, hob er den schlechtesten Versammlungsbesuch hervor. An wem die Schuld dafür liege, sei ihm längst bekannt. Es sei eine gewisse Gleichgültigkeit unter den Kollegen eingetriften, die sich allerdings bei anderen Organisationsrichtungen ebenfalls bemerkbar macht. Der Kollege wies sodann noch auf die beiden außerordentlichen Mitgliedsversammlungen hin, in der unser Bezirksleiter Jumbrodt als Referent erschienen war und auf die Bauaktivität im Dachbedergewerbe in Braunschweig. Diefelbe sei wohl nicht

als gut zu bezeichnen, jedoch hätten die meisten Kollegen im Laufe des Sommers in Arbeit gestanden. Zum Schluß sprach Kollege Weirich noch über die Gründung eines nationalen Arbeitsausschusses, in der auch wir mit eingekleidet seien. Lebhafter Beifall wurde den Kollegen zuteil. Im zweiten Punkte der Tagesordnung wurde dem Kollegen Borchard das Wort erteilt zur Belebung der Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahmen betragen 126 M., die Ausgaben 18,90 M. Da niemand gegen dieselbe etwas einzuwenden hatte, wurde dem Kollegen Borchard Entlastung erteilt. Kollege Weirich dankte demselben für seine Tätigkeit. Es wurde nun zur Wahl des Vorstandes geschritten. Gewählt wurden als Vorsitzender Joh. Weirich, als Kassierer Hermann Borchard, als Schriftführer Joh. Maring, als Revisoren A. Haarth und Jos. Gud. Kollege Weirich dankte für das Vertrauen, das man auch in diesem Jahre dem Gesamtvorstande wiederum geschenkt habe, da eine Aenderung, bis auf den Schriftführer, nicht eingetreten sei. Da im Punkte „Verschiedenes“ sich niemand zu Worte meldete, richtete Kollege Weirich nochmals die Bitte an die Kollegen, in Zukunft die Versammlungen gut zu besuchen und kräftig mitzuarbeiten im Interesse unserer Zahlstelle sowie auch im Interesse unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Zimmerer.

Münzberg. („Christlicher Terrorismus“ Schwimbel.) Unter dieser Epithete bringt „Der Zimmerer“ in seiner Nr. 44 vom 31. Oktober einen Artikel, in welchem in „echt“ sozialdemokratischer „Wahrheitsliebe“ die Tatsachen auf den Kopf gestellt werden. Dieser Artikel sollte eine „treffende“ Antwort auf unsere Notiz in Nr. 232 der „Münzberger Volkszeitung“ sein. In der fassbaren bekannten Weise sucht der Artikelschreiber (wahrscheinlich ein „roter“ Parteischüler aus Berlin) die „Selbstentfremdung“ der Zimmerer bei Herrn Zimmermeister St. ins rote Licht zu stellen, daß nicht die „freien“, sondern die christlichen Zimmerer Terrorismus getrieben haben. Den richtigen Sachverhalt haben wir bereits in dem oben erwähnten Blatt mitgeteilt, es erübrigt heute nur, dem „roten“ Artikelschreiber die richtige „Aufklärung“ zu geben. Nicht am Montag, den 21. September, sondern am Freitag, den 18. September, sind die zwei zugereisten christlichen Zimmerer in Arbeit getreten und am Montag ist nur noch ein weiterer Kollege von uns dazu gekommen, worauf dann die „Brüder“ für „Freiheit und Recht“ am Dienstag, den 22. September (nicht wie der rote Parteischüler schreibt: am 22. Oktober), die Arbeit niederlegten. Wenn der Artikelschreiber meint, die drei christlichen Zimmerer wären mit Hilfe Sommers in Arbeit gekommen, so ist das ein Beweis, daß unsere Beamten auch bemüht sind, ihren Mitgliedern zu Arbeit zu verhelfen, was bei den „Genossen“ natürlich nicht der Fall ist, denn ihre „bewährten“ Führer brauchen ihre „kostbare Zeit“ zu etwas anderem. Ob nun die zwei zugereisten christlichen Zimmerer aus Berlin oder Düsseldorf gekommen sind, kann dem Herrn Genossen vollständig gleich sein, denn dieses ändert an der Sache nichts. Wenn das rote „Arbeiterblatt“ schreibt: Unsere Kollegen hätten gleich am ersten Tage Bibelsprüche und theologische Gesprüche angefangen, so ist dieses eine faustdicke Unwahrheit; denn am 21. September, nachdem unsere Kollegen schon drei Tage in Arbeit standen, wußten die „roten“ Zimmerer, selbst der „kleine“ Blauputierte noch nicht, daß sie christlich organisiert seien. Wenn es dann weiter heißt: daß ein Christlicher angab, die Zimmermeisterprüfung gemacht zu haben (wovon die Genossen sich auch schriftlich überzeugen können), und daß er später keinen von der „roten Sorte“ einstellen werde, so ist das nur erklärlich, denn ein Sprichwort sagt: „Wer den Wolf kennt, wird nicht mit ihm spielen.“ Recht charakteristisch schreibt die „Lagepost“: ein christlicher Oberbohrer und ein Geistlicher (l. b. G.) haben vor dem Zimmerplatz auf- und abparoliert, so war es Pflicht des christlichen Führers, doch einmal die roten Terroristen etwas näher anzusehen. Aber daß ein Geistlicher, der vielleicht im Melancthonshaus Religionsunterricht erteilt, seinen Weg an dem Zimmerplatz vorbei nimmt, das findet der rote Artikelschreiber unerhört. Ah! Hilfe tut hier bringen not. Vielleicht kann am besten durch eine Tafel an der Straßenecke dieser „Anflug“ abgeschafft werden mit der Aufschrift: „Das Betreten dieser Straße ist für Geistliche verboten.“ Die „Lagepost“ schreibt dann: daß unter solchen „Provokationen“ dem „Gemüthlichen“ die Geduld ausgeht, ist leicht erklärlich. Dies finden nach den gemachten Erfahrungen auch wir erklärlich, denn schon der Anblick eines christlichen Führers bringt die „Genossen“ in Wut und nun erst gar eines Geistlichen — da reizt sich die Wut dann zur Kaserie, denn so will es die sozialistische Erziehung. Die „roten Kameraden“ vom „Verband der Zimmerer Deutschlands“ riefen nun ihren „bewährten und erprobten“ Führer, den Sozialbeamten Drey um Hilfe an, um hier Remedur zu schaffen; denn die „Genossen“ hielten es unter ihrer Würde (jetzt natürlich nicht mehr), mit den Christlichen zusammen zu arbeiten. Weiter heißt es dann, unsere Kollegen seien nicht aufgefordert worden, sich umschreiben zu lassen; denn solche Mitglieder nehme der sozialdemokratische Zimmererverband nicht auf. Aber Genosse Drey, Sie müßten doch wissen, daß bei dem heutigen Zimmererstreik in Weiden Ihre ganze Zahlstelle (von sechs Mann) „Arbeitswillige“ gemacht haben; daß ferner bei dem Zimmererstreik in Amberg 1908 die acht Arbeitswilligen, die zu bezichtigen waren, heute Mitglieder des sozialdemokratischen Zimmererverbandes sind; daß ein „Arbeitswilliger“, wegen dessen unsere Kollegen, als sie ihm sein „feines Treiben“ vorstellten, 38 Tage Gefängnis erlitten, heute an der Spitze des „roten Zimmererverbandes“ in Amberg steht. Weiter lesen Sie doch Ihr Verbandsorgan „Der Zimmerer“ und Sie werden finden, daß um Geld Streikbrecher und dergl. wieder als Mitglieder in Ihren Reihen aufgenommen werden. Also um Geld kann bei dem „freien“ Zimmererverbande die Ausnahmefähigkeit erreicht werden. Eine Hüteneise in den roten Reihen würde uns vielleicht noch andere Resultate zeigen und den Beweis ergeben, daß die Herren Genossen nicht lauter „Engel“ als Mitglieder haben. Wenn der Artikelschreiber zum Schluß meint: wir (das heißt die Christlichen) machen aus jeder Kleinigkeit eine welterschütternde Aktion, um die „freien“ Gewerkschaften in Mißkredit zu bringen, so irrt er sich gewaltig. Für den Mißkredit sorgen die Genossen schon selber; denn betrachten wir nur den Münzberger Parteitag und überhaupt die ganze Handlungsweise der Genossen. Hier kann nun den roten Zimmerern ihre ganze Verdrehungskunst nichts nützen; denn daß sie einen schamhaften Terrorismus bei Herrn Zimmermeister St. ausgeübt haben, können sie nicht ablegen. Wer überhaupt den Jahresbericht der bayerischen Fabrik- und Gewerbeinspektoren vom Jahre 1907 durchliest, wird da finden, daß nirgendwo in ganz Bayern (???) Terrorismusfälle zu verzeichnen, nur in Münzberg, wo neun Terrorismusfälle gegen christlich organisierte Arbeiter zu verzeichnen seien. Gewiß ein schöner Beweis von der „Freiheit“ der Münzberger Sozialdemokraten. Die ganze Situation, die den „Genossen“ jetzt scheinbar peinlich wird, haben sie ihren bewährten Führern selbst zu verdanken. Denn anstatt ihre Mitglieder vor solchen Gewalttaten zu warnen, sind sie die treibende Kraft dazu. Am 22. September, wo die roten Zimmerer bei Herrn St. die Arbeit niederlegten, wurde der Sozialbeamte Drey der „freien“ Zimmerer von uns telephonisch angerufen, um über diese Sache Aufklärung zu geben. Herr Drey fand aber das Schreiben seiner Betreuer ganz in Ordnung; denn er erklärte im Brustton der Ueberzeugung: „Derartige Fälle sind für uns selbstverständlich, solche kommen bei uns alle Tage vor; denn solche sind wir ja die roten Terroristen.“ So sprechen Führer, welche Erziehungsberechtigten verrichten sollen. Nicht weit ist es gekommen, wenn die sozialdemokratische „Freiheit und Brüderlichkeit“ den Arbeitgebern vorherrscht, welche

Arbeiter sie in ihren Betrieben beschäftigen dürften. Christlich-national geklunte Arbeiter, wenn ihr vielleicht noch M... über dieser Zwangsorganisationen leid, fühlt ihr noch nicht, daß euer Platz nicht bei diesen Elementen sein kann? Worte sind nun genug gefallen, laßt also Taten sehen. Heraus aus den sozialistischen Gewerkschaften und hinein in die Reihen der christlichen Gewerkschaften, wo euer Platz ist.

Maurer.

Beuthen. Am 8. Oktober referierte Kollege Pfeffer-Wreslau in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung über das vom Hauptvorstande festgesetzte Thema. Kollege Golla berichtete über die Beschlässe der gemeinschaftlichen Lohnkommissionsitzung. Es wurde beschlossen beim Zehnterstundentag zu bleiben und 45 Pf. Stundenlohn zu fordern, ferner eine bessere Entlohnung der Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, eine Verbesserung der Löhne für die Junggesellen und Arbeitererzeugen auf den Baustellen und in den Baubuden. In der Diskussion wiesen einige Kollegen darauf hin, daß es wünschenswert wäre, daß auf den Baustellen die Mitgliedsbücher kontrolliert würden. Kollege Wagner übernahm die Baukontrolle auf dem Bau der höheren Mädchenschule auf der Hohenzollernstraße und Kollege Daniel auf dem Bau auf der Gartenstraße. Am Schluß der Versammlung nach 10½ Uhr wurden 18 Kollegen aufgenommen.

Selle, den 22. Oktober. Unsere heutige Mitgliederversammlung besaß sich mit den Unzwecklichkeiten unseres jetzigen Vorsitzenden Reinhold. Derselbe unterschlug der hiesigen Zahlstelle 24 M. und dem Arbeiterverein 15 M. Darauf wurde er fahrlässig. Der beantragte Auschluß aus dem Verbands wurde einstimmig gutgeheißen. Als Vorsitzender wurde darauf Kollege Karl Dietrich gewählt, der die Wahl annahm und versprach, voll und ganz seine Schuldigkeit zu tun. In den Kollegen liegt es nun, sich keineswegs durch die schmutzige Handlungsmethode des Reinhold beeinträchtigen zu lassen, sondern erst recht für die Organisation einzutreten.

Mailing. Die vom Zentralvorstande unseres Verbandes festgesetzte Versammlung, in der Kollege Brendel aus Frankfurt a. Main referierte, erfreute sich eines guten Besuchs. Von den 21 Mitgliedern waren 18 erschienen, drei hatten sich wegen triftiger Gründe entschuldigt. Sodann hatten sich einige Militärarbeiter, Mitglieder des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes, sowie ein Genosse eingefunden. Um 3¼ Uhr wurde die Versammlung eröffnet. In wirklich vortrefflicher Weise entledigte sich Kollege Brendel seiner Aufgabe, und mit herzlichem Interesse folgten die Mitglieder seinen leicht und klar verständlichen Ausführungen. Die Diskussion war etwas schwach; im übrigen aber hat die Versammlung ihren Zweck erreicht, die etwas Wankelmütigen wurden aufs neue mit frischem Geiste befeuert. Neuaufnahme konnte eine gemacht werden, die übrigen besprachen auch fernerhin als Gewerkschaftler ihre Schuldigkeit zu tun und ihrem Verbands treu zu bleiben. Der Vorsitzende sprach dem Referenten für seine Mühe den herzlichsten Dank aus. Im Schlußwort gab derselbe seiner Befriedigung über den Besuch der Kollegen Ausdruck; er habe den Eindruck gewonnen, daß reges Leben und Eifer in unserer Zahlstelle herrsche. Um 5½ Uhr wurde die Versammlung sodann geschlossen.

Schneidemühl, den 16. Oktober. Unsere Agitationsversammlung war von 60 Personen besucht. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den lehrreichen Ausführungen des Referenten, Kollegen Schönkäs-Königsberg. Der allgemeine Beifall bewies, daß auch die amnestischen Sozialdemokraten nichts gegen die Ausführungen einwenden konnten. In der Diskussion voten sie sich allerdings als billiger Jakob an, und was sie schon alles geleistet hätten. Kollege Körin führte ihre Anpreisungen auf ihren wahren Wert zurück und zeigte, daß ein christlicher Arbeiter nicht Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation sein könne. Man läßt nicht für sein eigenes Geld seine christliche Ueberzeugung beschimpfen. Im Schlußwort des Referenten begannen die „Genossen“ zu randalieren. Sie konnten die Wahrheit nicht vertragen. Die Versammlung hat ihren Zweck, Aufklärung über die christliche Organisation zu schaffen, erreicht.

Maurer und Hilfsarbeiter.

Aachen. Am Sonntag, den 25. Oktober, fand im Aachener Gesellschaftshaus unsere vierteljährliche Ausschusssitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kassenbericht vom 3. Quartal, 2. Bericht der Delegierten; 3. Erledigung von Anträgen; 4. Verschiedenes. Leider fehlten wieder eine ganze Reihe von Zahlstellen. Kollege Zimmermann eröffnete die Sitzung um 10½ Uhr und gab den Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse betragen 4681,64 M. Die Einnahmen für die Verwaltungsstelle betragen 3327,94 und die Ausgaben 2510,74 M. Bestand in der ganzen Verwaltungsstelle 817,20 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus dem Berichte der Delegierten über ihre Zahlstellen konnte man ersehen, wo die Vorstandmitglieder und Vertrauensleute zusammenarbeiten, die die Kollegen in ihren Wohnungen besuchen; diese haben keinen Mitgliederverlust, sondern Zunahme zu verzeichnen. Die beiden eingelassenen Anträge von Aachen und Eupen wurden abgelehnt. Zum Punkt Verschiedenes wies Kollege Zimmermann darauf hin, daß die Kassierer einzelner Zahlstellen trotz allen Belehrungen, die Eintragungen in die Mitgliederlisten nicht richtig machten, und der Vorstand der Verwaltungsstelle sich schon voriges Jahr genötigt sah, um die Rechte der Mitglieder zu wahren, ein Verzeichnis sämtlicher Mitglieder einzuführen. Um aber das Verzeichnis vollständig führen zu können, müßten sämtliche neue Aufnahmen von den Zahlstellen dem Sekretariat zugeschickt werden und von dort aus die Bücher ausgefüllt und den Kassierern überwiesen werden. Die Delegierten waren einstimmig dafür, daß die Kassierer, die noch Bücher und Eintrittsmarken im Besitz haben, diese bis zum 15. November an die Verwaltungsstelle einzusenden haben. Die Ausstellung der Bücher hat nur vom Bureau aus zu geschehen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Zimmermann, zur weiteren treuen Mitarbeit und in der Agitation nicht zu erlahmen, wurde die Sitzung um 3 Uhr geschlossen.

St. Johann = Saarbrücken. Erfreulicherweise geht die Entwicklung unserer Verwaltungsstelle gut vor sich. Auch das dritte Quartal, in welchem in früheren Jahren ein Rückgang zu verzeichnen war, brachte uns wieder einen Aufschwung. Die Mitgliederzahl ist von 840 auf 872 gestiegen. Die Gesamtmaßnahmen belaufen sich auf 5559,89 M. (gegen das dritte Quartal 1907 ein Mehr von 3207,94 M.). Die Einnahme der Zentralkasse betrug 3681,85 M. (1907: 1743,36 M.). Der Sozialkassenbestand ist auf 826,33 M. (1907: nur 95,16 M.) angewachsen. Die Kassenverhältnisse ergaben ein noch günstigeres Bild, wenn zwei der ältesten Zahlstellen (Hütchengenhausen und Schalkodenbach) es fertig gebracht hätten, bis zum 15. Oktober abzurednen. Hoffentlich erinnern die Kollegen bei der nächsten Versammlung den Kassierer an seine Pflicht. Zu Optimisten wollen wir uns nicht stampeln lassen, aber das eine steht fest, hätte jeder Kollege vor allem jeder Vertrauensmann, so wie es in einigen Orten geschehen ist, seine ganze Kraft in den Dienst der Sache gestellt, so wäre die Entwicklung eine noch günstigere. Darum auf, Kollegen, die günstige Zeit ist noch nicht vorbei, überall muß jetzt mit neuer Kraft in die Agitation eingetreten werden, um das Verbandsnetz nachzuholen.

Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Ortskrankenkasse und Wohnungserhebung. Nachdem der preussische Handelsminister der Berliner Ortskrankenkasse der Krankenkasse und Apotheker die weitere Verwirklichung von Wohnungserhebungen untersagt hat, muß die Krankenkasse

die Veröffentlichung unterlassen. Da jedoch die Untersuchungen der Wohnverhältnisse von den Krankenkassentoren bei ihren Kontrollgängen unternommen werden...

Auskunfts- und Fürsorgestellen für Alkoholiker. In Groß-Berlin sind soeben drei Auskunfts- und Fürsorgestellen für Alkoholiker eingerichtet worden.

Soziale Wahlen.

Schönau. Bei der am 22. Oktober getätigten Wahl zweier Vorstandsmitglieder zur Ortskrankenkasse siegte die christliche Liste.

Straßburg i. E. Bei den Wahlen zum Gewerbegericht erhielt die christliche Liste 778 Stimmen.

Literarisches.

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1909 ist soeben im Verlage des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften...

Von den Arbeitsstellen.

Düsseldorf. Am Samstag, den 24. Oktober, wurde der Bauhilfsarbeiter Friedrich Kalin...

Düsseldorf. Am 30. Oktober stürzte an dem Neubau Heim. Hirtz die Betondecke des Kellergrabens ein.

Köpen, den 19. Oktober. (Todesfälle.) Bei den Dacharbeiten am Wasserwerk des hiesigen städtischen Wasserwerks war auch der Zimmermann Anton Borowski...

Streikabrechnungen.

Table with financial data for the strike in Blotho, including income and expenses.

Abrechnung vom Streik der Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter in Montabaur.

Table with financial data for the strike in Montabaur, including income and expenses.

Die Richtigkeit beglaubigen: Die Revisoren: Franz Ringer, Peter Geis, Peter Stahl.

Abrechnung von der Sperre der Firma Lüneburger und Franzen in Witten (Ruhr).

Table with financial data for the strike in Witten, including income and expenses.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Es ist mehrfach Klage geführt worden, daß Mitglieder sich weigern, rechtmäßig beschlossene Bezirks- oder Lokalausschlüsse zu zahlen.

Zwecks besserer Kontrolle werden die Verwaltungsstellen angewiesen, am Jahresende den pflichtgetreuen Mitgliedern in den Mitgliedsbüchern durch Verwaltungsstellenstempel...

Die Mitglieder werden ersucht, diesen Stempel nach Erfüllung ihrer Pflichten zu verlangen.

Bekanntlich haben die Generalversammlungen unseres Verbandes bisher alle 2 Jahre im Frühjahr...

Für diese Terminänderung sind hauptsächlich zwei Gesichtspunkte maßgebend.

Erstens: Im Herbst 1909 sind 10 Jahre seit Gründung unseres Verbandes verfloßen.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Fr. Jacobi, Berlin O. 17, Rüdersdorfer Str. 60...

Kranken-, Sterbe- und Gemahregelten-Unterstützungen dürfen nur auf schriftliche Anweisung des Hauptvorstandes ausgezahlt werden.

Rechtschutz wird nur durch den Hauptvorstand schriftlich erteilt.

In der Zeit vom 19. bis 31. Oktober sind folgende Beträge eingegangen:

Table with financial data for the association, listing contributions from various members.

Mannheim 560,39 M, Mülhausen (Els.) 800 M, Norber 407,35 M, Rabburg 43,77 M, Reiffe 322,62 M, Reuff (Westf.) 641,55 M, Deynhäusen 198,10 M, Doppel 304,04 M, Diersleben 44,55 M, Delde 93,07 M, Posen 600 M, Pat 109,74 M, Probbach 127,39 M, Paderborn 379,55 M, Pir 75,16 M, Rosenheim 22,10 M, Remshagen 35 M, Rh 75,16 M, Riemersdorf (Eingel.) 1,95 M, Reichelsheim 21,68 M, Solingen 457,28 M, Siegen 1400 M, Schönau 178,53 M, St. Johann 1801,55 M, Sendenhorst 379,08 M, Stahl 17,41 M, Steinheim 87,13 M, Stadthorn 95,50 M, Schletz 25,24 M, Triebes 18,90 M, Telgte 228,60 M, Trier 752,60 M, W 110,46 M, Willingen 30,26 M, Westhausen 253,30 M, W 110,46 M, Wittingen 30,26 M, Witten 133,73 M, Wilhelmshafen 189,64 M, W 238,13 M, Zabrze 152,72 M.

Für Futterale: Braunsberg 0,45 M, Dornbach 3 M, D 1,75 M, Essen 25,20 M, Göttingen 0,30 M, Hamborn-M 0,75 M, Kosten 0,60 M, Ringer 1,20 M, Remmingen 0,30 M, Delde 0,75 M.

Für Hausstättenerbücher: Dornbach 1,50 M, Duisb 7,50 M, Gütersloh 0,30 M, Hamborn-Mörs 1,50 M, W 0,15 M, Doppel 0,60 M.

Für Erbschaftsbücher: Essen 0,45 M, Hamborn-Mörs 0,50 M, Für Karten und Plakate: Fuhrbach 0,90 M, Kiel 2,25 M, Für Stempel: Doppel 2,50 M, Zabrze 5 M.

Bekanntmachungen.

Diejenigen Verwaltungsstellen, welche das statistische Material noch nicht eingesandt haben, werden daran erinnert...

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 20 287, lautend Philipp von der Zahlstelle Straßburg i. E.; die Buch-Nr. 82 2 lautend auf Karl Trowe von der Zahlstelle Neße; die Buch-Nr. 170 460, lautend auf Jean Koppmann von der Zahlstelle Sichte 5. Krefeld.

Ausgeschlossen wurde der Kollege Clemens Wicker (Buch-Nr. 57 806) von der Zahlstelle Naumühl (Rhld.) wegen Vergehen gegen § 15 a unseres Statuts.

Achtung! Distrikt. Unterrichtskursus in Gerborn (Dilltal).

Unsern Verbandskollegen sämtlicher Zahlstellen im Distrikt 3 Nachricht, daß im kommenden Winter alle 14 Tage, Sonntag nachm. 2 Uhr, in Gerborn, im kleinen Saale des Herrn Herr Katholik, Sitzungen des Unterrichtskursus stattfinden.

Achtung! Bezirk Münster i. W. Achtung! Vom 1. November ab befindet sich das Bureau Weges ende 71, und sind daher alle Korrespondenzen für den Unterzeichneten an diese Adresse zu senden.

Verbandsbezirk Bochum. Am Mittwoch, den 18. November, vormittags 10 Uhr, findet im Christlichen Gewerkschaftshause, Wiemelhauser Straße 13, Bochum die diesjährige

Bezirks-Konferenz der Verwaltungsstellen Arnberg, Bochum, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Kettlinghausen und Werne statt.

Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Bericht der Delegierten. 3. Bergeung der Winterbeiträge. 4. Vortrag Thema: 'Wie fördern wir den inneren und äußeren Ausbau unserer Organisation?' 5. Sonstige Anträge und Verschiedenes.

Jede Zahlstelle, die den obengenannten Verwaltungsstellen angeschlossen ist, hat die Pflicht, hierzu ihre Delegierten zu entsenden.

Delegierte, welche an dem gemeinsamen Mittagessen teilnehmen wollen, mögen dieses bis zum 14. November dem Kollegen Viktor Meise, Bochum, Wiemelhauser Straße 13, mitteilen.

Die Bezirksleitung: W. Koch, Th. Häuschen.

Sterbefaßel.

Am 23. Oktober starb unser lieber Kollege Heinrich Mahr infolge Lungenerkrankung nach zweijähriger Krankheit. Zahlstelle Nürnberg.

Am 24. Oktober verschied unser treuer Kollege Johann Hartmann zu Petersberg, Verwaltungsstelle Fulda, Mitbegründer unserer Organisation in Fulda und Umgegend im Alter von 45 Jahren an Magenkrebs.

Am 26. Oktober starb unser treues Mitglied Michael Weigel im Alter von 48 Jahren infolge Gehirnerkrankung. Zahlstelle Feyen.

Am 28. Oktober starb unser lieber Kollege und erster Vorsitzender Wilhelm Bennerstein. Zahlstelle Wanne (Stallenteure).

Am 30. Oktober starb unser Mitglied Heinrich Fete im Alter von 48 Jahren an Lungentuberkulose.

Am 31. Oktober starb unser Mitglied Ludwig Duthmann im Alter von 28 Jahren an Herzleiden. Zahlstelle Dülmen i. W.

Ehre ihrem Andenken!

Achtung! Bodland b. Kreuzburg.

Sonntag, den 15. November, nachm. 3 Uhr, findet im Lokal Kolobzieh eine Agitationssammlung statt, wozu alle Kollegen von Bodland und Umgegend freundlichst eingeladen werden.